
Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at Web: <http://proSV.akis.at>

Ausverkaufsagentur ÖIAG:

Erst Telekom, dann OMV, ÖBB, Verbund?

**Die Republik als
Selbstbedienungsladen von
Industriellen, Großaktionären und
Börsenspekulanten.**

Ausverkauf mit Hilfe der Regierung!

**Verschleuderung von Volksvermögen,
das die arbeitenden Menschen
Österreichs in den letzten 70 Jahren
geschaffen haben.**



Die Schwarz-Blaue-Regierung hat von 2000 bis 2006 Kernstücke der Verstaatlichten Industrie sowie Staatsbetriebe verscherbelt. Voestalpine, Böhler-Uddeholm (vormals VEW), Austria Tabak oder PSK sind die wohl am meisten in Erinnerung gebliebenen ausverkauften Firmen.

Als Vehikel diente die seit 2000 neu ausgerichtete ÖIAG mit ihrem sich „selbst erneuernden“ Aufsichtsrat. Als Vorwand galt die „Entpolitisierung“. Einzug hielten unkontrolliert die Industriellen, die Österreichs Industrie- und Infrastrukturbetriebe als Selbstbedienungsladen betrachten. Mittlerweile wird diese „Selbsterneuerung“ sogar in bürgerlichen Kreisen als der „Freundeskreis der Industrie“ bezeichnet.

Doch wer geglaubt hat, dass dieser Kurs, von der Oppositions-SPÖ noch kritisiert, dann unter einer SPÖ-geführten Regierung beendet wird, hat sich geirrt. Unter der Kanzlerschaft von Gusenbauer und Faymann überließ und überlässt man der ÖVP weiterhin den Finanzminister, der Eigentümervertreter der ÖIAG ist. So wurde dieser Kurs mit Zustimmung der SPÖ fortgesetzt mit der Teilprivatisierung der Post (2006), dem Ausverkauf, ja dem Verschenken der AUA an die deutsche Lufthansa (2008) und dem Aushungern der Telekom durch diktierte, überhöhte Dividendenzahlungen, währenddessen die Telekom für Investitionen teure Kredite aufnehmen musste.

Diese Vorgangsweise – staatliche und verstaatlichte Firmen nicht mit

genügend Eigenmittel auszustatten, sie zur Kreditaufnahme bei Banken zu zwingen und gleichzeitig Dividendenzahlungen fürs Budget abzuverlangen und so „Defizite“ zu provozieren, die dann als Vorwand für Personalabbau und Ausverkauf genutzt wurden, begann schon in den 1960er Jahren (ÖVP-Alleinregierung 1966 – 1970, Gründung der ÖIAG-Vorgängerholding ÖIG) und wurde fortgesetzt in den 1970er, 1980er und 1990er Jahren, zuerst unter der SPÖ-Alleinregierung Kreisky, dann unter der Rot-Blauen-Regierung mit SPÖ-Kanzler Sinowatz und den rot-schwarzen Koalitionen unter SPÖ-Kanzler Franz Vranitzky bzw. Klima mit den SPÖ-Finanzministern Lacina und Edlinger sowie dem SPÖ-Verstaatlichtenminister und späteren ÖIAG-

Generaldirektor Rudolf Streicher. Ausverkauf an Private und Konkurrenten waren die Folge, wie z.B. bei AMAG, ÖMV-Teilprivatisierung, Chemie Linz, Elin, Simmering-Graz-Pauker usw. usf, um nur einige in Erinnerung zu rufen.

Was Schwarz-Blau dann noch rasanter weitertrieb, führt seither Rot-Schwarz fort. Zum Nutzen der in- und ausländischen Industriellen, Börsianer und Spekulanten, zum Schaden der arbeitenden Menschen und der gesamten österreichischen Volkswirtschaft.

Regierung: Zusehen hat Methode

Spätestens seit dem AUA-Ausverkauf wird davon geredet, die ÖIAG „neu aufzustellen“. Geschehen ist nichts, bzw. hat das Nichthandeln scheint's Methode: Die Republik als Eigentümerversorger tut so, als könnte sie nichts tun, weil sich ja die ÖIAG „selbst erneuert“. Inzwischen wurde so die Telekom feindlich übernommen und droht nun der OMV, dem wertvollsten heimischen Unternehmen (26.800 Beschäftigte, 42,4 Mrd. € Umsatz, ca. 11,4 Mrd. € Börsenwert) absichtlich ein ähnliches Schicksal. Die Multis reiben sich schon die Hände. Und der OMV-Gasziprom-Vertrag für die Ölpipeline South-Stream passt den westlichen Multis von EU und USA schon gar nicht. So wird in immer schnellerem Tempo mutwillig alles was Wert hat ausverkauft, denn eine Neuordnung der „Staatsbeteiligungen“ ist laut Kanzler Faymann und ÖVP-Finanzminister Schelling erst Anfang 2015 geplant.

Gesprochen wird dabei von einer ÖIAG-neu, die etwa auch Verbund, ÖBB, Asfinag und die Schuldenbanken (die „Banken-ÖIAG“ FIM-BAG) enthalten soll. Die Industriellenvereinigung fordert schon seit Jahren darüber hinaus praktisch alles öffentliche Eigentum, das profitabel zu verwerten sei, in eine Privatisierungsagentur ÖIAG zu sammeln – und zu verkaufen. Dabei wird von ÖVP-Vizekanzler und Wirtschaftsminister Mitterlehner laut über eine Holding über einer ÖIAG-neu (mit zusätzlich ÖBB, Verbund, Asfinag) nachgedacht, die dann an die Börse gehen soll. So ein Mix aus „guten“ und „schlechten“ Firmen würde den Börsenwert der Holding drücken. Man

will aber nicht nur die profitablen Unternehmen und Unternehmensteile unter ihren Wert verkaufen, sondern auch noch die Erlöse aus der Verscherbeltung des Volksvermögens dazu benutzen, die „verstaatlichten Schulden“, die bei z.B. ÖBB und Asfinag, durch Aufträge an die private Bauwirtschaft und bei den Schuldenbanken (Hypo, Kommunalkredit oder Volksbanken) zusammengekommen und in Wirklichkeit die Gewinne z.B. der Bauwirtschaft und der Großspekulanten sind, durch die Allgemeinheit bezahlen lassen.

Genug Zeit also für „Heuschrecken“, in Position zu gehen. Opfer sind die Beschäftigten und die Bevölkerung Österreichs, die in existenziellen Kommunikations-, Infrastruktur- und Energiebelangen dann von der Gnade ausländischer Multis und deren Geschäftsinteressen abhängig sind, und dies teuer bezahlen werden müssen. Nach volkswirtschaftlichen Erfordernissen im Interesse Österreichs kann dann nicht mehr entschieden werden.



Damals, 17. März 2000, war die SPÖ dagegen, heute lässt sie Schelling, Mitterlehner & Co. fuhrwerken.

Gewerkschaft: Wortgewaltig tatenlos

Der vida-Gewerkschafter und Vorsitzender des ÖBB-Konzernbetriebsrats, Roman Hebenstreit, fordert: *"Die ÖIAG muss ... rasch aufgelöst und die Staatsbeteiligungen müssen für die SteuerzahlerInnen kostengünstiger in den Ministerien konzentriert werden, bevor es auch noch bei Straße, Schiene und Wasser zu unerwünschten*

Verteuerungen und Abhängigkeiten kommt."

Das ist vollkommen richtig. Doch welche Ministerien streiten sich um die ÖIAG? Die schwarzen Ministerien Finanz und Wirtschaft, die für den Ausverkauf sind, nur andere als den bisherigen Günstlingskreis der Industriellenvereinigung zum Zug kommen lassen wollen.

Wo bleiben ÖGB- und OMV-Betriebsratsobere bei den Vorgängen um die OMV? ÖGB und AK fordern eine ÖIAG-neu. Die AK-Spitze beklagt „wirtschaftspolitisches Versagen“ und will nicht sehen, dass hier Methode dahinter steckt. Ganz sozialpartnerschaftlich und großkoalitionär“ brav – und alles offen gehalten. Wird man sich nach ein paar entsprechenden Postenbesetzungen wieder zufrieden geben? Genauso wie beim Telekom-Ausverkauf die AK zuerst eine Beschwerde bei der Bundeswettbewerbsbehörde androhte, dann aber zurückzog!

Die Gewerkschaft sagt zwar mitunter ganz richtige Sachen gegen die Regierung, über die Profiteure des Ausverkaufs usw ..., hofft aber immer auf das Einsehen der an den Hebeln von Wirtschaft und Politik sitzenden Personen. Doch das ist vergebene Liebesmühe. Die Regierung – egal ob unter roter oder schwarzer, ob unter rot-blauer oder schwarz-blauer oder schwarz-blau-oranger Kanzlerschaft – gehen Hand in Hand mit der Wirtschaft. Die Gewerkschaften und die arbeitenden Menschen wären die einzige Gegenmacht. Doch statt diese Kraft auszunützen, werden die Menschen wortgewaltig beschwichtigt.

Das alles schadet den arbeitenden Menschen wirtschaftlich und politisch enorm. Es nützt wirtschaftlich den Milliardären, politisch v.a. den Rechten von Strache & Co, die ja rund um Ausverkaufstaten und den Plänen zu ÖIAG-Telekom-OMV keinen Aufschrei tätigten als angeblich „soziale Heimatpartei“. Auch Strache ist sozial zum Kapital und sieht seine Heimat und Finanziers bei den Kapitalisten – wie übrigens auch Haselsteiner-Neos und Stronachteam. Und die Grünen regt auch nur die „Unprofessionalität“ der Vorgänge auf.

Fest in schwarzer Hand

Kalte Enteignung und Umverteilung



Mit dem Wechsel von Hans Jörg Schelling ins Finanzministerium wurde Peter McDonald neuer Präsident des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger.

Gewählt wurde er einstimmig, also auch von den AK- und ÖGB-VertreterInnen der SPÖ in der Sozialversicherung (SV). McDonald war stv. Vorsitzender der Sozialversicherungsanstalt der Gewerblichen Wirtschaft (SVA) und ist Direktor des ÖVP-Wirtschaftsbundes. Als Hauptaufgabe sieht er die Umsetzung der Gesundheitsreform 2013. Damit will er den Kurs von Schelling fortsetzen und verstärken. Das ist eine gefährliche Drohung für die Versicherten.

Der Hauptverband (HV) ...

... verwaltet ein Budget von 55 Milliarden Euro. „In der Sozialversicherung steckt, wenn Sie so wollen, ja auch das Vermögen der Österreicher“, so McDonald. Richtig. Um diesen großen Brocken geht es. Dieser Sektor ist durch seine noch nicht auf Gewinn ausgerichtete Tätigkeit der größte Non-Profit-Betrieb des Landes und somit privaten Geschäftemachern noch entzogen. Das erklärt die Begehrlichkeiten privater Investoren, Gesundheitsanbieter und politischer Interessenvertreter, die diesen riesigen Bereich dem privaten Gewinnstreben öffnen wollen.

Deshalb auch wurde als eine der ersten Maßnahmen der Schwarz-Blauen Schlüssel-Regierung der HV umgefärbt und ist es bis heute. Bis 2001 wurden die Vertreter gemäß den

Ergebnissen der AK-Wahlen in fünf Verwaltungsgremien entsendet. In diesen hatte die Arbeitnehmerseite die überwiegende Mehrheit, was auch der Realität entsprach, dass 80 bis 90 Prozent des Beitragsaufkommens der SV direkt von den lohnabhängigen Menschen Österreichs stammt. Den rund 5,3 Millionen Versicherten und BeitragszahlerInnen, den aktiven und pensionierten ArbeitnehmerInnen stehen rund 0,8 Millionen Selbständige und Bauern gegenüber. Der Hauptverband war „rot“.

Der Unternehmerseite war dies schon lange ein Dorn im Auge. Sie verlangte, paritätisch, ja bis zu 60 Prozent in den Gremien vertreten zu sein, zahle sie doch den Arbeitgeberbeitrag zur SV (Soziale Sicherheit 2005, S. 361). Anzumerken ist, dass die sogenannten Arbeitgeberbeiträge zur SV nicht von den Unternehmern, sondern von den in den Betrieben arbeitenden Menschen erwirtschaftet werden, eigentlich Lohnbestandteil der Arbeitenden sind. Daher macht es Sinn, dass die SV-Gremien von Arbeitnehmervertretern selbstverwaltet geführt werden.

Aufgrund der Schwäche der Sozialdemokratie (sie verlor 1999 die Nationalratswahlen) übernahm von 2000 bis 2006 die ÖVP-FPÖ/BZÖ-Mitte-Rechts-Koalition die Regierungsgeschäfte. Diese erfüllte nicht nur in der Industrie (Stichwort: Privatisierung), sondern auch im Bereich der SV die Wünsche der Wirtschaft.

So wurde der HV völlig neu gestaltet. Die Parität zwischen Unternehmer- und Arbeitnehmerseite wurde installiert, HV-Vorsitzender ein Vertreter der Wirtschaftskammer (der jetzige Finanzminister Schelling), bis 2001 wurde er von der Arbeiterseite (Hans Sallmutter, GPA) gestellt. Mit dieser so genannten Parität ist der Selbstverwaltungsgedanke ad absurdum geführt und die Arbeitnehmerversicherten sind praktisch enteignet. Über ihre Gelder verfügt die Minder-

heit der Unternehmer entsprechend ihren Interessen nunmehr sozialpartnerschaftlich paritätisch mit den Arbeitnehmervertretern. Trotz oder wegen der nachfolgenden großkoalitionären SPÖ-ÖVP-Regierungen seit 2006 wurden die SV-Strukturen beibehalten. Bloß die geplante Dominanz von Bund und Land über die SV wurde auf sogenannte Kooperation gestellt.

Die Gesundheitsreform ...

... sieht eine massive Deckelung, also Kürzung der Gesundheitsausgaben bis 2020 um knapp 11 Milliarden Euro vor. Die Begründung lautet „Kostexplosion“. Dabei stiegen die öffentlichen Gesundheitsausgaben von 1999 bis 2011 nur von 7,27 auf 7,76 Prozent des BIP, also viel geringer als das BIP selbst. Angeblich geht es um die kostengünstigere Leistungsverlagerung von den Spitälern zu den niedergelassenen und selbständigen Ambulatorien. Wirklicher Hintergrund: Der von der EU vorgegebene Stabilitätspakt, der für Österreich ab 2017 einen ausgeglichenen Haushalt vorsieht. Über Zielsteuerungsverträge und -kommissionen sollen die Kürzungen via Bund in den Ländern per Androhung von Strafzahlungen durchgesetzt werden. Nicht nur die Ärztekammer befürchtet Leistungseinschränkungen, sondern auch der Spitalsärzte-Ombudsmann Harald Mayer: „Wer es sich leisten kann, wird weiterhin kriegen, was er braucht – wenn er es aus der eigenen Tasche bezahlt“ (ÖÖN 2012). Kritisierte die Gewerkschaft 2004 unter Schwarz-Blau den damals vom Gesundheitsministerium vorgegebenen Kostendeckel des BIP als unsolidarisch und als Abwälzung der Kosten auf jeden Einzelnen (AK-ÖGB Zeitschrift „Arbeit & Wirtschaft“ 5/2004), herrscht heute Schweigen oder gar Zustimmung – eben zu McDonald.

Dabei haben die Krankenkassen schon in den letzten Jahren statt den vorgegebenen 1,7 Mrd. 2,4 Mrd. Euro

eingespart. Zum Teil bei den Medikamentenpreisen (Generika), dadurch, dass immer mehr Menschen wegen Angst um den Arbeitsplatz trotz Krankheit arbeiten gehen, durch ständig steigende Rezeptgebühren, mehr Selbstbehalte oder weniger Kassen- und mehr Wahlärzte. So ist allein in Wien seit dem Jahr 2010 die Zahl der Wahlärzte von 2.479 auf 2.827 gestiegen, die Zahl der Kassenärzte seit dem Jahr 2000 um fast 100 gesunken (Presse 14.8.14) bzw. österreichweit die Anzahl der Patienten pro Vertragsarzt von 943 im Jahr 2000 auf 1.108 im Jahr 2012 gestiegen (Kronenzeitung, 24.8.2014).

Gleichzeitig denkt der frühere HV-Chef und jetzige Finanzminister Schelling daran, einen Teil der in einigen Kassen (Beamte, SVA, Bauern, Eisenbahner) liegenden Rücklagen von insgesamt 1,6 Mrd. Euro (Kronenzeitung, 13.9.2014) fürs Budget, also zur Schuldentilgung von Hypo & Co anzupapfen.

Neoliberales SV-Programm

In seiner Antrittspressekonferenz gab sich McDonald geschmeidig, als Hüter der Sozialversicherung, verurteilte das USA-System und fand „die

Idee der Sozialversicherung genial“. Natürlich, möchte man sagen, ist er doch gerade HV-Chef geworden. Was er wirklich denkt, gab er vor nicht einmal einem halben Jahr in einem Gastkommentar mit dem Titel „Sozialpolitik ist kein Monopol der Linken“ im Kurier (9.3.2014) zum Besten. Hier einige Auszüge:

Die ÖVP hat die Sozialpolitik viel zu lange der Sozialdemokratie und deren Gewerkschaftern überlassen.

Zentrale Aufgabe der Sozialpolitik ist nicht Wohlstand, sondern Wohlfahrt.

Sozialpolitik nicht auf staatliche Fürsorge reduzieren, Bewusstsein und Anreize für Eigenverantwortung und Prävention schaffen.

Gleichheit, getarnt als soziale Gerechtigkeit, wo jeder den gleichen materiellen Wohlstand haben soll, hat nichts mit Sozialpolitik zu tun, sondern ist die Umschreibung des Kommunismus.

Sozialpolitik muss individuelle Lebensrisiken berücksichtigen; sozial-staatliche Absicherung auch mit Eigenleistungen verbinden.

Doch gerade soziale Ungleichheit macht krank. Wer wenig verdient und

mehr Zeit fürs Arbeiten aufwenden muss, ist kränker als Reiche und hat auch weniger Zeit und Geld für Prävention. McDonald hat schon bei der SVA vorgezeigt, wie er sich das vorstellt. Die SV zahlt Beiträge zur Prävention, die Versicherten höhere Selbstbehalte als z.B. die ASVG-Versicherten. Den künftigen Gesundheitsmarkt schätzt die Wirtschaftskammer auf rund 35 Milliarden Euro (Wifi-Schriftenreihe Nr. 338/2011).

Statt in die Gesundheit für alle, sollen die Versichertengelder in die immer mehr von Privaten angebotene „Prävention“ wie Wellness etc. fließen. Mit dem HV soll gegen die solidarische SV das Volksvermögen der Österreicher zu einigen wenigen großen Privatanbietern fließen.

Auch die jetzt von Wirtschaftskammer-Chef Leitl wieder verlangte Zusammenlegung der Kassen hat nicht Einsparungen als Hauptziel (der Verwaltungsaufwand aller Kassen beträgt 2% bis max. 3%; Privatversicherer haben 25 bis 30% Verwaltungskosten), sondern will so noch leichter Zugriff auf die Gelder der Arbeiter- und Angestellten-versicherten haben.

SPÖ-Parteitag

125 Jahre gibt es die SPÖ. Im November findet der nächste Parteitag statt. Seitdem Werner Faymann zum Kanzler und SPÖ-Vorsitzenden wurde, versprach er Vermögenssteuern und eine Steuerreform. Gekommen ist nichts außer immer mehr Belastungen für die arbeitenden Menschen und Entlastungen für die Unternehmer. Statt endlich für die Masse der Bevölkerung etwas zu tun, wird der ÖVP fast überall nachgegeben. Die Koalitionspartner sind sich außer in Personal- und Postenfragen wesentlich näher als die SPÖ zu ihren Wählern und Mitgliedern. Die Hereinnahme von mittlerweile vier Ministern aus den Reihen des ÖGB (Stöger, Hundstorfer, Klug, Oberhauser) wird gerne als „Politik für die ArbeitnehmerInnen“ verkauft. Doch „die Vier“ sind sozialpartnerschaftlich durch und durch verseucht, d.h. geben den Unternehmerwünschen nach. Vor allem Klug oder Hundstorfer haben längst die Seiten gewechselt: Die Duos Klug und Mikl-Leitner sowie Hundstorfer und Mitterlehner sprechen Bände. Klug mimt den harten Militär und gibt in Wirklichkeit der EU-Krisen- und Kriegsteilnahmepolitik unter Preisgabe der Neutralität nach. Hundstorfer streicht Pflegebedürftigen Geld, verschärft Maßnahmen gegen Invalide oder Arbeitslose, verhandelt Teilkrankenstand und 12-Stunden-Tag. Auf Partei- und Gewerkschaftstagen wird dann wieder für die ausgesiebten FunktionärInnen auf „sozial“ getan und die Koalition mit der ÖVP dafür verantwortlich gemacht, dass man eben nichts machen könne, weil man ja keine Mehrheit habe. Stimmt. Aber ohne echter Orientierung auf die arbeitenden Menschen wird es nie mehr eine Mehrheit geben. Umso mehr klammern sich die SP-Obern an die VP als „letzte Chance“. Eine Schande.



Pflege: Frohe Zukunft?

Am 22. September fand eine Veranstaltung der Finanzmarktwirtschaft Österreich zum Thema „Herausforderung Pflege und Pflegefinanzierung“ statt. Am Podium befanden sich Sozialminister Hundstorfer, Pensionsexperte Bernd Marin, dzt. im Vorstand der österreichischen Plattform für interdisziplinäre Altersfragen, und Thomas Url vom WIFO.

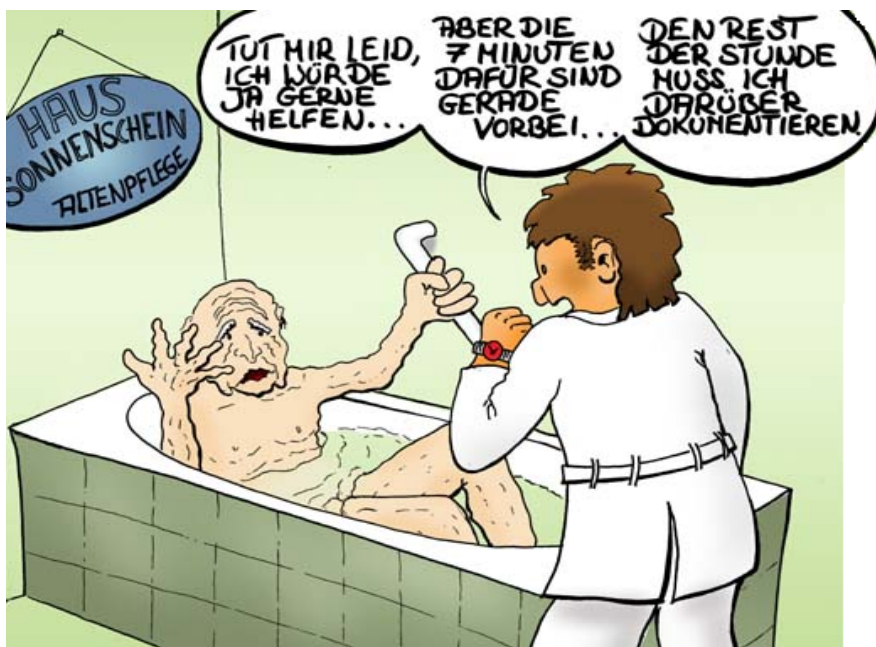
Moderiert wurde die Veranstaltung von Eric Frey vom Standard – und als Gastgeberin, Judit Havasi, Vorstandsmitglied der Wiener Städtischen Versicherung.

Große Einigkeit gab es bezüglich des Zuwachses von außerhäuslicher Pflege in den nächsten Jahrzehnten aufgrund geänderter Familienstrukturen, medizinischen Fortschritts und steigender Lebenserwartung.

Der Pflegefonds wurde bis 2016 verlängert. Bis 2020 rechnet man mit einer Zunahme von 200.000 Menschen, die über 80 Jahre sein werden und Pflege und Betreuung brauchen.

Gegenwärtig betragen die Ausgaben für Sachleistungen (stationäre Pflege, Kurzzeitpflege, betreutes Wohnen, ambulante und soziale Dienste) 1,7 Mrd. Euro. Diese werden bis 2030 auf 3,7 Mrd. Euro steigen (1% des BIP).

Die „Produktivität“ im Pflege-sektor ist kaum steigerbar, da bereits jetzt aufgrund der äußerst schwierigen Rahmenbedingungen die Grenze der Belastbarkeit der im Pflegeberuf stehenden Personen erreicht ist. Die SROI-Analyse aus 2010 (Social Return of Investment) weist aus, dass jeder in die mobile Pflege investierte Euro sich um den Faktor 3,7 multipliziert. Pflege, vor allem die mobile Pflege, ist ein attraktiver Geschäftszweig, der auf dem Rücken des Pflegepersonals ausgetragen wird.



Attraktiver Geschäftszweig

Während Zahlen, Daten und Fakten über Sachleistungen, Kosten, PflegegeldbezieherInnen, stationäre Bettenanzahl, Pflegeheime genau abrufbar sind, fehlen diese auf Seiten der ArbeitnehmerInnen und vor allem im Bereich der mobilen Pflege, die laut Regierungsprogramm ausgebaut werden soll. Bis heute gibt es keine verlässlichen Zahlen über Beschäftigte in den mobilen Diensten, zu betreuende Personen, Qualifikation und Sprachkenntnisse des Pflegepersonals.

Von 450.000 PflegegeldbezieherInnen werden etwa 220.000 über die öffentliche Hand betreut. Der größte Anteil der Pflege wird über Angehörige erbracht. 2013 waren auch an die 58.000 24h-Pflegekräfte als selbständige Erwerbstätige in die Versorgung von Pflegebedürftigen eingebunden. Verlässliche Studien und Zahlen über die Arbeitsbedingungen von 24h-Pflegekräften gibt es kaum.

Die Statistik Austria weist aus, dass im Jahr 2012 in Wien 85.025 Personen Pflegegeld bezogen.¹

¹ Statistik Austria:
Bundespflegegeldbezug

http://www.statistik-austria.at/web_de/statistiken/soziales/sozialeleistungen_auf_bundesebene/bundespflegegeld/index.html

Davon wurden 26.900 über die mobilen Dienste versorgt. Als Pflege- und Betreuungspersonen werden 5.883 Personen ausgewiesen, was 4.371,8 Vollzeitäquivalenten entspricht. Die Nettoaussgaben betrugen hierfür 133.039.960 Euro. Die erbrachten Leistungsstunden belaufen sich auf 6.040.380.

Im Vergleich dazu stehen die Zahlen für die stationären Dienste, die wie folgend aussehen: Im Jahr 2012 standen für 13.580 Betreuungsbedürftige 11.169 Personen als Betreuungs- und Pflegeperson zur Verfügung, die Kosten dafür bezifferten sich mit 449.215.910 Euro.²

Schon jetzt klagen Anbieter mobiler Hilfsdienste und stationärer Pflegeeinrichtungen über den gravierenden Pflegepersonalmangel. Eine Studie der AK NÖ legt die „Arbeitsbedingungen und Arbeitsbelastungen der Gesundheitsberufe“ offen.

Drohender Pflegepersonalmangel

Als Minister Hundstorfer auf den drohenden Pflegepersonalmangel und

² Statistik Austria: Pflege und Betreuungsdienste in Wien 2012

https://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/sozialeleistungen_auf_landesebene/pflege_und_betreuungsdienste/index.html

die steigenden Kosten angesprochen wird, argumentiert er folgendermaßen: Derzeit werden über WAFF und weitere öffentliche Einrichtungen 4.000 Pflegekräfte jährlich ausgebildet. Es wird zukünftig auch mehr Geld in den mobilen Sektor fließen, was nach Umschichtung von intra- auf extramural klingt, aber keine expliziten Investitionen in diesen wachsenden Dienstleistungssektor bedeutet.

Als der sozialdemokratische Minister auf die Möglichkeit einer Privatvorsorge zur Abdeckung der steigenden Pflegekosten angesprochen wird, befürwortet er dies mit dem Argument, alles, was die öffentliche Hand entlastet, sei zu begrüßen.

Viele Krankenhäuser und Pflegedienste können ihren Dienst nur noch durch Personalleasing und Mehrstunden des Personals abdecken, was langfristig zu Burnout beim Personal führt. Personalverleihfirmen bezahlen einen Brutto-Stundenlohn von 11 bis 12 Euro für eine ausgebildete diplomierte Krankenschwester. Laut NEXT-Studie beträgt die durchschnittliche Maximalverweildauer im Pflegeberuf sechs Jahre.

Verfälschung und Lohndumping

Der Kollektivvertrag der Sozialwirtschaft (vormals BAGS) zählt ohnehin nicht gerade zu den am besten dotierten. Nun mehren sich Anzeichen, dass der Fonds Soziales Wien einen neuen Kollektivvertrag aushandeln möchte, um alle, die in Wien in den sozialen Diensten beschäftigt sind, noch schlechter bezahlen zu können. Als Verhandlungspartner scheint die Arbeitgebervertretung Soziales Wien (ASW) auf, in der vor allem Tochterfirmen des Fonds Soziales Wien vertreten sind.

Über das Aus- und Weiterbildungszentrum Soziales Wien (AWZ) werden zukünftig PflegehelferInnen und Heimhilfen ausgebildet. Die Kosten für die Ausbildung werden mit 1.600 Euro (Heimhilfe) und 4.500 Euro (Pflegehilfe) angegeben. Als Geschäftsführer zeichnet Peter Hacker, ebenfalls Geschäftsführer des Fonds Soziales Wien, Gabriele Graumann, Geschäftsführerin des

Kuratoriums der Wiener Pensionistenwohnhäuser und Vera Em, deren Gatte ehemals Geschäftsführer der Wiener Sozialdienste war.

Als ehem. Präsidentin der Wiener Sozialdienste fungierte SPÖ-Nationalratsabgeordnete Christine Lapp, wie auch die frühere Geschäftsführerin Susanne Schäfer-Wiery des Wiener Sozialdienstleisters Sozial Global, die mittlerweile Bezirksrätin ist.

Mit dieser Verknüpfung der Geschäftsführer des Pflegeheim- sowie mobilen Sektors soll die zukünftige Sicherstellung von günstigem Personal gewährleistet werden. Politische Verflechtungen im Wiener Gesundheits- und Sozialwesen können nicht ausgeschlossen werden.

Was fehlt:

Initiativen der Pflegekräfte

Was fehlt, sind Initiativen der Pflegekräfte, die allerdings schlecht organisiert sind.

Arbeitnehmervertretungen wie Betriebsräte und Gewerkschaften haben wenig Einfluss, da vor allem die Pflegekräfte in vier verschiedenen Gewerkschaften vertreten sind. Dazu zählen die Gemeindebediensteten, vertreten in der HGII-GdG, Heimhilfen und Pflegehilfen häufig in der Vida, diplomiertes Pflegepersonal sowie Sozialarbeiter etc. in der gpa-djp und z.B. Landesbedienstete der NÖ-Landeskliniken in der GÖD.

Kritische ArbeitnehmerInnen werden bei Äußerung vorhandener Missstände sanft des Amtes enthoben oder ins Burnout gemobbt.

Es braucht eine Solidarisierung aller Pflegekräfte über parteipolitische und fachspezifische Grenzen hinweg – und eine Solidarisierung der Angehörigen und Pflegebedürftigen zur Verbesserung der schwierigen Rahmenbedingungen des Pflegepersonals.

Denn eines ist sicher: Pflege und Betreuung durch gut ausgebildetes und fair bezahltes Personal brauchen in naher Zukunft alle.

AutorIn ist im Pflegebereich beschäftigt.

Sozialminister und AK-Direktor verhöhnern Pflegegeldbezieher

Knapp 450.000 Menschen beziehen in Österreich Pflegegeld.

1993 eingeführt, gibt es 7 Stufen. Schon 2011 wurde aus Spargründen der Zugang zum Pflegegeld erschwert. Ab 2015 sind dann mindestens 65 statt 60 Pflegestunden für Pflegestufe 1 (154 Euro) und 95 statt 85 Stunden für Pflegestufe 2 (284 Euro) nötig. Betroffen ist die Hälfte aller Pflegegeldbezieher!

So will Sozialminister Rudolf Hundstorfer Geld von den Pflegestufen 1 und 2 zu den höheren ab 2015 umschichten. Die Erhöhung für alle Pflegestufen um magere 2% soll es dann überhaupt erst 2016 geben. Ein Hohn.

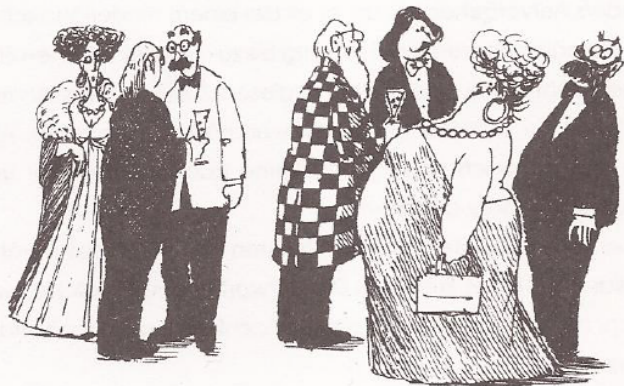
Für den hochrangigen AK-Direktor Werner Muhm ist überhaupt die „eine oder andere Sozialleistung zu hinterfragen. Die Pflegestufe 1 etwa werde oft als eine Art „Pensionsaufbesserung“ gesehen, so Muhm vor dem Verband der Privatstiftungen. (Kurier, 25.10.2014)

Während die Banker und Spekulanten in Blitzesschnelle zu Steuergeld in Milliardenhöhe kommen, gibt es für die Ärmsten und Geplagtesten kaum Geld, dafür aber viel Hohn bei Verantwortungsträgern.

Diese hohen Herren können sich mit ihren protzigen Gehältern von knapp 17.000 Euro (Minister) wohl nicht mehr vorstellen, dass 154 Euro (Stufe 1) für die meisten einfachen Pensionsbezieher 15 bis 20 % ihres Einkommens ausmachen. Bei den Gehältern den Genossen Minister und AK-Direktor sind das 1% bis 2% also ein Klax, das verputzen die bei einem Abendessen.

Orientierungshilfe

Steuerreform. Wo ansetzen?



Steuerreform:

Wo ist das Geld, wer braucht das Geld?

Ein paar Beispiele:

- Das reichste Prozent der ÖsterreicherInnen erhält mehr als 100.000 Euro pro Jahr an Kapitaleinkommen, 95 Prozent der Menschen müssen arbeiten gehen, um Geld zu verdienen.
- Das Vermögen des reichsten 1 Prozent macht über 615.000.000.000 Euro aus (Attac, AK).
- Bis zu 100 Milliarden Euro Privatvermögen liegen in 3.200 Stiftungen – die Steuern dafür machen gerade einmal 451 Millionen Euro, also verschwindende 0,45 Prozent aus (Presse, 12.9.2014).
- Ein normaler Beschäftigter zahlt zwischen 36 und 43 Prozent an Steuern, also das 100-fache.
- Im Jahr 2013 waren 1.572.000 ÖsterreicherInnen, das sind fast 19 Prozent der Bevölkerung, armutsgefährdet (Kurier, 25.10.2014)
- Die OECD schätzt, dass weltweit von Konzernen jährlich etwa 1.600 Milliarden Euro in Steueroasen oder Niedrigsteuergelände verschoben werden.

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkwiese in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die ÖSK-Informationen "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- ☐ Ich will eine Probenummer testen.
- ☐ Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- ☐ Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

120/14

Einsenden an:
Österreichisches Solidaritätskomitee, Stiftgasse 8,
1070 Wien, oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur
Unterstützung der arbeitenden Menschen*
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift
„Solidarität unsere Chance“ ist zu 100 % das „Öster-
reichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstüt-
zung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8, 1070
Wien.

Vorstand: W. Leisch, P. Düringer, H. Schmitz.

Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift
ist die des obgenannten Vereins.



Auch wir sind natürlich für "MEHR NETTO VOM BRUTTO".

Doch nur „Lohnsteuer runter“, weniger Steuereinnahmen für den Staat, bedeutet dann hintennach für uns Menschen in Ausbildung, Studium, Beruf, für Arbeitslose oder Pensionierte mehr Selbstbehalte oder weniger Geld für Bildung, Gesundheit oder Pflege (wie gerade in der Pflege schon beschlossen): Das heißt: Ohne

neue Einnahmen, ohne echte Vermögenssteuern, ohne einer echten Wertschöpfungsbesteuerung, die auch die Profite der Firmen beinhaltet und die wirklich Reichen trifft, ohne echter Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich (die kalte Arbeitszeitverkürzung bei Lohnraub = steigende Arbeitslosigkeit! haben wir bereits) bleiben die Forderungen leer, ja können gar zum Bumerang werden.

Denn die Regierung will eine allfällige Steuerreform jedenfalls „gegenfinanzieren“, das heißt durch die Hintertür wieder bei uns arbeitenden Menschen holen, bzw. wurde sie schon in den vergangenen sechs Jahren, seit der letzten „Steuerreform“, durch Progression und Geldentwertung den Menschen geraubt.

Um der Forderung nach einer nach-

haltigen Entlastung der arbeitenden Menschen gerecht zu werden, muss der ÖGB seine Sozialpartnerfreundlichkeit aufgeben, müssen die Gewerkschaften die arbeitenden Menschen nicht bloß zu Unterschriftensammlung aufrufen, sondern in den Betrieben – gerade im Zuge der laufenden Kollektivvertragsverhandlungen – ermutigen, aktivieren und mobilisieren zu Versammlungen und Protesten bis hin zu Streiks in den Betrieben!

Andernfalls lachen sich die Unternehmer einen Ast und holen sich – wie schon in der Vergangenheit – den Löwenanteil aus den „Reformen“ und wir bleiben wieder im Regen stehen.

Pensionen: Zuerst stehlen, dann lügen

Die einen, die Pensionisten, werden seit Jahren ohne Erhöhung hingehalten. Die anderen erhalten gerade die Briefe über ihr Pensionskonto.

Für die Pensionisten soll es ab 1. Jänner 2015 eine „Inflationsabgeltung von 1,7% geben. Was da als Erhöhung daherkommt, ist schon lange weg. Es sollten alle „Pensionsexperten“, so ein pensionierter steirischer Stahlarbeiter, genau so eine Pension bekommen wie die Allgemeinheit. Dann würde sich schnell das Gerede, dass die „kleinen Leute“ zu früh in Pension gehen und zu viel Pension erhalten, aufhören. Aber mit vollen Taschen ist gut reden vom Sparen und Kürzen – bei den anderen.

Die noch im Erwerbsleben stehenden haben Post von der Pensionsversicherung erhalten und gesehen, was von den „Pensionsreformen“ der letzten 20 Jahre nun auf ihrem „Pensionskonto“ übrig bleibt. Mit der Angst und Not der Menschen wird gleich wieder ein riesiges Geschäft gemacht. Die privaten Versicherungen und Banken, für die wir alle gerade deren Spekulationsverluste ungefragt bezahlen dürfen, versprechen uns, „die Pensionslücke“ zu schließen. Da sieht man, was die „Pensionsreformen“ wem gebracht haben. Massive Kürzung der staatlichen Pensionen, obwohl wir eingezahlt haben, dafür staatlich geförderte private „Pensionsvorsorge“, von der den bereits rund 2 Millionen, die das abgeschlossen haben, schon jetzt nach 10 Jahren nur Verluste übrig bleiben.

Ähnlich verhält es sich mit den Zwangs-Vorsorgekassen oder den Betriebspensionen (3. Säule) die in der Regel den arbeitenden Menschen das Geld jetzt aus der Tasche ziehen für satte Geschäfte der Versicherungen jetzt und für eine ungewisse Zukunft für diejenigen, die eingezahlt haben. Ob sie jemals einen Groschen, Verzeihung Cent, oder wie die Währung dann immer heißen sollte,

bekommen, steht in den Euro-Sternen. Jüngst berichtete die OECD, dass fast jeder Vierte der rund 500 Millionen Europäer von gekürzten Sozialausgaben betroffen sei, was sich direkt auf die Altersversorgung auswirke (Presse, 1.10.2014) – Altersarmut also!

Spenden-Einzahlungen

Mit beiliegendem Zahlschein oder per Überweisung

EmpfängerIn: W. Leisch,

Verwendungszweck: ÖSK, Spende

BIC: OPSKATWW,

IBAN: AT98 6000 0000 7934 8267

Danke!

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Österr. Solidaritätskomitee, Stiftgasse 8, 1070 Wien. ZVR 188951949

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Einzahlungen, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch weiterhin benötigen.

Mit kollegialen Grüßen, ÖSK

Österreichische Post AG Info.Mail Entgelt bezahlt
Abs. Österreich. Solidaritätskomitee. Stiftg. 8, 1070 Wien